

## Bericht zur Auswertung des Fragebogens an amtierende und ehemalige Ratsfrauen

*erstellt durch die Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Oelde, Daniela Eggenstein,*

*am 04.02.2022*

Der Fragebogen wurde am 11.11.2021 an 14 Ratsfrauen der aktuellen und letzten beiden Legislaturperioden versandt. 9 Bögen gingen ausgefüllt bei der Gleichstellungsbeauftragte ein. 64% haben damit an der Befragung teilgenommen.

89% oblag während ihrer Mandatszeit nicht die Betreuung eigener minderjähriger Kinder oder pflegebedürftiger Angehöriger. 78% waren daher, auch für Sitzungszeiten, nicht auf anderweitige Betreuungsoptionen angewiesen. Für 11% war die Betreuung leicht zu organisieren. Bei weiteren 11% war die Organisation anderweitiger Betreuung hin und wieder schwierig und das auch ohne eigene minderjährige Kinder. Letzteres kann ggfs. damit erklärt werden, dass das politische Engagement schon bestand, als die eigenen Kinder noch minderjährig waren oder sie als Großeltern in die Betreuung der Enkelkinder involviert sind oder sich an der Pflege einer angehörigen Person beteiligen, dafür aber nicht hauptverantwortlich sind. Aufgrund der Anonymität der Befragung, müssen dies jedoch Hypothesen bleiben.

### **>> Ratsfrauen waren vor allem Frauen ohne bzw. mit erwachsenen Kindern.**

44% der Frauen waren in Vollzeit berufstätig. 33% gingen in vollzeitnahe Umfang mit 30 oder mehr Wochenstunden einer beruflichen Tätigkeit nach. 11% arbeiteten zunächst unter 10 Wochenstunden und später mehr als 20 Stunden pro Woche und weitere 11% waren nicht berufstätig.

### **>> Es engagierten sich vor allem berufstätige Frauen in der Ratsarbeit.**

Nur bei 11% der Befragten war die berufliche Freistellung schwierig. Bei 89% stellte die, im Rahmen der Mandatstätigkeit erforderliche Freistellung keine Schwierigkeit dar, bzw. war nicht notwendig.

### **>> Die berufliche Freistellung für die Mandatstätigkeit war kein dominierendes Hindernis.**

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit dem Mandat, war auch ohne kleine Kinder für 56% hin und wieder schwierig. Eine Person machte keine Angaben dazu. 33% gelang es durchgehend gut bis sehr gut, diese drei Teilbereiche mit einander zu vereinbaren. Abhängig war dies davon, ob sich die Person ihre Arbeitszeit frei einteilen konnte, sowie ob das Dienstende nah am Sitzungsbeginn lag. Erleichternd wirkte sich aus, wenn die eigenen Kinder bereits erwachsen waren und dadurch mehr zeitliche Ressource für die Ratsarbeit zur Verfügung stand. Entlastung entstand durch vollständige und gut vorbereitete Sitzungsvorlagen. Waren diese nicht in der Form vorhanden, band dies unnötig mehr Zeit.

### **>> Der Umgang mit begrenzten zeitlichen Kapazitäten und deren Aufteilung zwischen Familie, Beruf und Mandat war für mehr als die Hälfte der Ratsfrauen ein Thema.**

67% der Befragten gingen im Mandatszeitraum einer weiteren ehrenamtlichen Tätigkeit, im Umfang von 4-8 Stunden pro Monat, nach. 11% ließen ihre anderweitige ehrenamtliche Tätigkeit während der Mandatstätigkeit ruhen. 22% übten kein weiteres Ehrenamt aus.

### **>> Die Mehrheit der Ratsfrauen zeigte, auch unabhängig von der Ratsarbeit, ehrenamtliches Engagement.**

Die zeitliche Positionierung der Rats- und Ausschusssitzungen beurteilten 67% als gut bis sehr gut, auch wenn 11% hiervon darauf hinwiesen, dass diese zeitintensiv sind. Für 33% war die zeitliche Positionierung mit den anderweitigen Verpflichtungen hin und wieder schwierig zu vereinbaren. Die beiden Vorschläge, für eine günstigere Legung des Termins, waren jedoch konträr. So war ein Wunsch der Beginn ab 18Uhr und ein zweiter die Nutzung des Zeitfensters von 15-19Uhr für die Sitzungen.

**>> Die zeitliche Positionierung der Sitzungen schien kein grundlegendes Hindernis darzustellen.**

Um die Art und Qualität der Kommunikation in den Rats- und Ausschusssitzungen zu eruieren, wurden vorgegebene Bewertungskriterien benotet, 0 Punkte bedeuteten, dass die Beschreibung gar nicht zutreffend war, 10 Punkte, dass sie durchgehend zutrifft.

Als eher zutreffende Charakterisierung wurden *themenzentriert* (Ø7) und *direkt* (Ø7) hoch bewertet.

Teilweise zutreffend, also im mittleren Bewertungsfeld, fanden sich die Zuschreibungen *konfrontativ* (Ø5), *emotional* (Ø5), *gut moderiert* (Ø6), *auf Selbstdarstellung bedacht* (Ø6), *konsensorientiert* (Ø6), *wertschätzend* (Ø6) und *ausschweifend* (Ø6).

Als eher unzutreffend wurden folgende Beschreibungen gering bewertet: *sexistisch* (Ø1), *verletzend* (Ø2), *lautstark* (Ø3), *unsachlich* (Ø3).

**>> Die Bewertungen deuteten auf eine grundsätzlich respektvolle Kommunikation hin, in der engagiert eigene Standpunkte vertreten wurden, das Ziel aber eine gemeinsame fachlich sinnvolle Lösung war.**

Das Wohlbefinden in den Ratssitzungen, sowie auch den Ausschusssitzungen wurde mit durchschnittlich 8 von 10 Punkten als gut bewertet. Begründet wurde dies vereinzelt damit, dass der Umgang in der Regel höflich sei, die Mitarbeitenden der Stadtverwaltung freundlich seien und die Frauen sich auch parteiübergreifend gegenseitig schätzten. 33% hatten jedoch nur mittlere Wohlfühlwerte in Bezug auf die Ratssitzungen abgegeben., 44% bei den Ausschusssitzungen. Dies sei auch davon abhängig gewesen, welche Person den Ausschussvorsitz innehatte. In den Fraktionssitzungen betrug der Durchschnittswert 9 von 10 Punkten. Betont wurde von 11 %, dass Frauen auch in den Fraktionssitzungen Durchsetzungsvermögen benötigten, dort aber auch ernst genommen wurden. Zudem habe die Fraktionsarbeit Spaß gemacht. Anderen 11% gefiel an den Fraktionssitzungen, dass dort die eigene Meinung gefragt war und der eigene Sachverstand geschätzt wurde. Bei 22% gingen mittlere Werte zum Wohlbefinden in der eigenen Fraktionssitzung, mit eben diesen in der Rats- und Ausschusssitzung einher. Diese Korrelation gab es jedoch bei 11% nicht, die bei einem Wohlfühlwert von 10 in den Fraktionssitzungen, dennoch nur einen mittleren Wert in den Ratssitzungen angaben. Keine der Ratsfrauen gab an, sich in den Sitzungen unwohl zu fühlen.

**>> Die Atmosphäre in den Sitzungen stellte keine grundlegende Belastung dar.**

56% bejahten das Vorhandensein einer geschlechterübergreifenden Kommunikation auf Augenhöhe. Nur 11% verneinten dies. 33% stellten heraus, dass dies nur teilweise zutreffend gewesen sei. Dies sei vor allem in der Vergangenheit von einzelnen Ratsherren abhängig gewesen. Ausschlaggebend seien die Personen und die Zusammensetzung der Geschlechter in den Sitzungen gewesen. Wenn mehr Frauen anwesend waren, habe es mehr Kommunikation auf Augenhöhe gegeben. Zum Teil seien aber auch die Entscheidungen der Männer nicht so stark an den Bedürfnissen der Frauen und Familien orientiert gewesen, wie die der Frauen, was sich z.B. bei der Festsetzung der Kindergartenbeiträge gezeigt habe.

Dass Wortbeiträgen der gleiche Stellenwert zugemessen wurde, unabhängig davon, ob diese von einem Mann oder einer Frau eingebracht wurden, bejahten 67% und verneinten 33%.

**>> Eine geschlechterübergreifende Kommunikation auf Augenhöhe empfanden nicht alle Befragten als durchgehend gegeben.** *Daher erscheint es aus Gleichstellungssicht wichtig, dass alle Ratsmitglieder dafür sensibilisiert sind, unterschiedliche Blickwinkel der Geschlechter als gleichwertig und sich gewinnbringend ergänzend, wahrzunehmen.*

Die Frage nach der geschlechtsunabhängigen Übertragung von Aufgaben und Verantwortungen zielte auf bewusst oder unbewusst gelebte traditionelle Rollenbilder ab. 56% empfanden diese Entscheidungen als geschlechtsunabhängig, 44% nahmen dies gegensätzlich wahr.

**>> Die Einschätzung zur geschlechtsunabhängigen Übertragung von Aufgaben und Verantwortung war konträr.** *Aus Sicht der Gleichstellung ist ein Denken und Handeln ohne Rollenklischees erstrebenswert. Das bedeutet überspitzt, dass z.B. nicht die Frau allein aufgrund ihres Geschlechtes für den sozialen und der Mann für den wirtschaftlichen Bereich zuständig ist. Natürlich spielt die individuelle Interessenlage mit hinein, für welchen Ausschuss sich z.B. eine Person besonders interessiert. Interessen und besondere Kenntnisse und Fähigkeiten können zufällig mit Rollenklischees übereinstimmen, sie müssen es aber nicht. Gerade Kompetenzen und Interessen die dem klassischen Rollenbild widersprechen, sind aus Sicht der Gleichstellung mindestens ebenso stark zu berücksichtigen. Ob dies erfolgt, konnte aufgrund der widersprüchlichen Angaben nicht eindeutig beurteilt werden.*

Kommunalpolitische Entscheidungen mitgestalten zu wollen, war für 89% ein ausschlaggebender Grund sich politisch zu engagieren. Mehrfachnennungen waren zu diesem Aspekt möglich. Für 67% stammte die Motivation aus der eigenen politischen Einstellung und der dadurch bedingten Nähe zu einer bestimmten Partei. Jeweils 22 % wurden durch Bekannte für die politische Arbeit geworben bzw. wollten eigene Interessen vertreten. 11% haben sich, aufgrund der Unterrepräsentanz von Frauen im Rat, bewusst für die Kandidatur entschieden. Weitere 11% wollten gern von der Verwaltung als besondere Bürgerin wahrgenommen werden.

Entsprechend benannten 56% die Mitgestaltung von kommunalen Entscheidungen als das, was sie an Ihrer Zeit als Ratsmitglied am meisten schätzten. 22% sahen einen Vorteil darin, über die Vorgänge in der Stadt und deren Belange informiert zu sein. Ebenso 22% schätzten den Kontakt als Ratsfrau mit Bürgerinnen und Bürgern, insbesondere als Ansprechpartnerin für diejenigen im eigenen Wahlkreis. Etwas für die Stadt bewegen zu können, wurde als positives Fazit von 11 % angeführt. Die Vielfältigkeit der Themenfelder wurde von 11% besonders geschätzt.

**>> Die Mitgestaltung an konkreten kommunalpolitischen Entscheidungen stellte die größte Motivationsquelle für das politische Engagement in der Ratsarbeit dar.**

Der Rat an Frauen, die sich politisch engagieren wollen, lautete bei 33% einfach mitzumachen. 11% rieten nicht schüchtern zu sein, sondern die eigene Meinung kräftig und wenn nötig auch lautstark zu vertreten; vor angeblichen Besserwissern keine Angst zu haben, sondern sich in der eigenen Fraktion zu informieren. Das eigene Selbstbewusstsein zu stärken und an sich selbst zu glauben, lautet der dazu passende Rat von 11%. Das Vorhandensein eigener Kritikfähigkeit, dabei auch selbst nicht zu persönlich zu werden, sahen weitere 11% als wichtige Voraussetzung. Zudem sei es sinnvoll Männer auf Benachteiligungen aufmerksam zu machen. Weitere 11% wiesen darauf hin, dass Veränderung nur durch Mitgestaltung erreichbar sei.

**>> Frauen mit Interesse an der politischen Arbeit sollten aufgefordert und ermutigt werden, den Schritt zu wagen und sich einzubringen.**

Die Frage, ob sie erneut als Ratsfrau kandidieren würden, bejahten 67%. 11% verneinten dies aufgrund ihres Alters. 22% könnten sich dies, zu einem späteren Zeitpunkt, eventuell erneut vorstellen.

**>> Keine der Ratsfrauen hatte Ihre Entscheidung für die Ratsarbeit bereut.**

Die Angaben, zum Vorhandensein von Angeboten der überparteilichen Vernetzung mit anderen Ratsfrauen aus der Kommune bzw. aus dem Kreis, waren divergent. 44% gaben an, dass dies stattfand. 22% verneinten dies. Gewünscht, z.T. in höherem Ausmaß, hätten sich dies 44% und zwar unter dem Focus themenzentrierter Angebote. Zusätzlich hätten 33% auch einen allgemeinen überparteilichen Austausch als gewinnbringend erachtet. Nur 11% fanden eine überparteiliche Vernetzung nicht wünschenswert.

**>> Offensichtlich waren die bestehenden Angebote zur überparteilichen Vernetzung von Ratsfrauen auf kommunaler und Kreisebene nicht allen ausreichend bekannt oder nicht allen gleichermaßen zugänglich.** *Die Volkshochschule Oelde Ennigerloh hat in der Vergangenheit ihre Bereitschaft signalisiert, überparteiliche Vernetzungsangebote für Kommunalpolitikerinnen mit in ihr Angebot aufzunehmen und gemeinsam mit den Gleichstellungsbeauftragten durchzuführen. Gern können seitens der Ratsfrauen Themen und Vorstellungen der Gleichstellungsbeauftragten mitgeteilt werden, um passgenaue Angebote in Kooperation mit VHS im Rahmen des politischen Bildungsauftrages zu entwickeln. Zum Teil ist dabei, insbesondere bei der Einladung hochdotierter Referentinnen oder Referenten, jedoch eine Mindestteilnehmendenzahl zu erreichen. Eine weitere Möglichkeit der kreisweiten Vernetzung, in Bezug auf frauenspezifische Themen, bietet zudem das Kreisfrauenforum. Dies wird vom Arbeitskreis der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten aus dem Kreis Warendorf geleitet. Teilnehmende sind neben Mitgliedern von Vereinen (z.B. Landfrauen, Kfd), Mitarbeiterinnen von öffentlichen Stellen (z.B. Jobcenter, Agentur für Arbeit, Gleichstellungsbeauftragte), Beratungsstellen (z.B. Schwangerschafts- und Frauenberatung), Frauenhäusern, auch Politikerinnen die auf kommunaler Ebene oder Kreisebene tätig sind. Eine Landtagsabgeordnete ist ebenfalls langjähriges Mitglied des Kreisfrauenforums. Die Treffen finden vierteljährlich, an jedem ersten Montag im letzten Monat eines Quartals, von 18 bis 20Uhr im Haus Siekmann in Sendenhorst statt. Die Themen, die in den Blick genommen werden sollen, schlagen die Mitglieder vor.*

67% der Befragten hätten gern an einem Mentorinnenprogramm teilgenommen. Nur 11% haben dies wahrnehmen können. Nicht wünschenswert fanden dies 11%.

**>> Das Interesse an einem Mentorinnenprogramm wäre groß gewesen. Entscheidend ist, ob dies parteiintern oder überparteilich sein sollte.** *Zum Teil bieten Parteien, bzw. diesen nahestehende Institutionen, Mentoring-Programme an. Überparteilich bietet das Helene-Weber-Kolleg der EAF (Europäische Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft Berlin e.V.), gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Empowerment-Programme und den Kommunalcampus mit Vorträgen, Workshops und interaktiven Formaten an.*

89% fanden Seminare, in Vorbereitung auf die oder während der Ausübung der Ratstätigkeit, sinnvoll. 67% benannten, als wichtiges Fortbildungsthema zu Beginn der politischen Ratstätigkeit, die Erläuterung des kommunalen Haushaltes, inklusive des Haushaltsplans. 22% sahen Seminare, zu allgemeinen Grundlagen für das Verständnis der Verwaltung, als sinnvoll an. Die Einführung in die Kommunalpolitik, mit der Erläuterung der Inhalte und Verfahren der Ratsarbeit, würde nach Ansicht von 22 % der guten Vorbereitung dienen. Zudem

sahen 22% das Themenfeld Kommunikation und Rhetorik als wertvoll für den Einstieg in die Ratsarbeit an. Nur 11% schätzten Seminare für die Ratstätigkeit als nicht sinnvoll ein.

**>> Informationsveranstaltungen und Seminare, insbesondere zur Erläuterung des kommunalen Haushaltes waren, insbesondere zu Beginn der politischen Arbeit, erwünscht.** *Die VHS Oelde-Ennigerloh könnte, bei ausreichendem Interesse, künftig themenzentrierte Angebote z.B. zu Haushaltssystematik, -recht, -politik insbesondere im Jahr einer Kommunalwahl in das Programm mit aufnehmen.*

Ideen und Vorschläge der Befragten um mehr Frauen für die Ratsarbeit zu gewinnen lauteten:

- Schnupperangebote in den Fraktionen mit themenbezogenen Beteiligungen
- Informationsveranstaltungen mit praktischen Impulsen
- überparteiliche Werbeveranstaltungen der Ratsfrauen
- Vorstellungen gut funktionierender best-practice-Beispiele
- Angebote für Frauen zu frauenspezifischen Themen
- städtisches Frauennetzwerk mit aktiven und interessierten Frauen
- eine Frauenquote für den Rat
- Männer auf strukturelle Benachteiligungen aufmerksam zu machen
- Veränderung des Rollenverständnisses der Frau, Ratsarbeit sei „juristisch“ und nach außen orientiert; solange die Frauen aufgrund selbst empfundener Zuständigkeit für den überwiegenden Anteil der Familienarbeit aufkämen, seien diese nicht bereit auch noch Zeit für die Kommunalpolitik aufzubringen.

**>> Werbung um Frauen für die Ratsarbeit zu gewinnen, u.a. durch themenbezogene Angebote für Frauen**

### **Fazit:**

Der Umgang mit begrenzten zeitlichen Kapazitäten und die Vereinbarkeit von Mandat, Familie, Beruf, sowie weiteren Verpflichtungen, ist (auch ohne minderjährige Kinder) für die meisten Ratsfrauen zumindest zeitweise eine Herausforderung, insbesondere, da die Sitzungen zeitintensiv sind und zudem Vorbereitungszeit nötig ist.

Zeitliche Platzierung der Sitzungen, die Art der Kommunikation dort, sowie das Wohlbefinden in diesen, die berufliche Freistellung für die Mandatstätigkeit und die Betreuung für Kinder oder pflegebedürftige Angehörige, waren keine deutlich hemmenden Faktoren für die Befragten.

Hinsichtlich des Vorhandenseins einer geschlechterübergreifenden Kommunikation auf Augenhöhe und einer geschlechtsunabhängigen Übertragung von Aufgaben und Verantwortung, gehen die Einschätzungen deutlich auseinander.

Es besteht Interesse an (mehr) überparteilichen Vernetzungsangeboten, Mentoringprogrammen, Seminaren und einführenden Informationen, insbesondere zum Haushaltsplan.

Um mehr Frauen für die politische Arbeit zu gewinnen, wurden vor allem Veranstaltungen und spezifische Angebote für Frauen angeführt.

Der dominierende Beweggrund für das politische Engagement war die Mitgestaltung von kommunalen Entscheidungen. Dies übertraf auch die durch persönliche Einstellungen bedingte Nähe zu einer bestimmten Partei als Motivationsgrund. Auch in Zukunft könnte dies ausschlaggebender Grund für weitere Frauen werden, sich politisch zu engagieren. Konkrete

kommunalpolitischen Themen vor Ort können politisches Bewusstsein und die Motivation sich selbst politisch zu engagieren fördern.